



REPORT

GEWALT GEGEN DIE INDIGENEN VÖLKER BRASILS

DATEN VON 2025

KURZFASSUNG

Die Zunahme territorialer Konflikte im Jahr 2025 spiegelte Szenarien von Angriffen auf die Indigenen Rechte und ihre Aushöhlung wider

Der Jahresbericht des CIMI weist hin auf ein hohes Maß an territorialen Konflikten, Selbstmorden und Morden an Indigenen, die im Kontexte einer rechtlichen Pattsituation und des politischen und wirtschaftlichen Drucks gegen die Demarkierung Indigener Landgebiete geschehen.

Auch im Jahr 2025 wurden wieder die territorialen Rechte der Indigener Völker angegriffen. Gesetzliche Maßnahmen und gerichtliche Entscheidungen gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Indigenen kommen hinzu zu der Gültigkeit des Gesetzes 14.701/2023, das als Stichtag-Gesetz bekannt und seit seinem Inkrafttreten umstritten ist.

Der vom Indigenisten-Missionsrat (CIMI) veröffentlichte Bericht „Gewalt gegen die Indigenen Völker in Brasilien – Daten von 2025“ zeigt, dass sich im ganzen Land dieser Kontext der anhaltenden Unsicherheit widerspiegelt in Angriffen auf die um Land kämpfenden Völker, in der Vulnerabilität der aus ihren Territorien vertriebenen Völker und in den fortgesetzten Invasionen in Indigene Landgebiete.

Das Jahr 2025 verzeichnete Zunahmen in den drei im Bericht systematisierten Gewaltformen (Gewalt gegen Personen, Gewalt gegen Eigentum und Gewalt durch Untätigkeit staatlicher Stellen), unter anderem mit der Zunahme von Konflikten um territoriale Rechte, Morden, Selbstmorden und Säuglingssterblichkeit.

In den ersten Tagen des Jahres 2025 wurden vier Indigene des Volkes Avá-Guarani bei einem bewaffneten Angriff auf eine Gemeinde im Indigenen Territorium (IT) Tekoha Guasu Guavirá durch Schüsse verletzt. Das IT im Westen des Bundesstaates Paraná steht im Prozess der Demarkierung und ist Gegenstand heftiger Landstreitigkeiten. Einer der Indigenen wurde in die Wirbelsäule getroffen und verlor dadurch die Beweglichkeit seiner Beine. Im März wurde der Pataxó Vitor Braz im IT Barra Velha do Monte Pascoal im äußersten Süden des Bundesstaates Bahia ermordet, im Kontext des Kampfes der Pataxó um die Demarkierung ihrer Landgebiete. Im November wurde der Guarani Kaiowá Vicente Fernandes in Tekoha Pyelito Kue im IT Iguatemipegua I in Mato Grosso do Sul ermordet, ebenfalls im Kontext eines Kampfes um Land.

Die drei Fälle, tragische Beispiele für Situationen, die sich im Laufe des Jahres in verschiedenen Regionen Brasiliens ereignet haben, geschahen in Indigenen Territorien, die bereits offiziell vom Staat demarkiert worden sind, aber deren Demarkierungsprozesse seit mehr als zehn Jahren andauern. Im Jahr 2025 war es ein lang andauerndes Warten auf Maßnahmen der Exekutive, Legislative und Judikative.

Während Indigene Völker, die um ihr Land kämpfen, unter Gewalt und Vulnerabilität leiden, gehen trotz der von der Bundesregierung durchgeführten Räumungsaktionen – viele davon auf Anordnung des Obersten Bundesgerichtshofes (STF) – die Aktionen von Invasoren in demarkierten Landgebieten weiter.

Der Fall des IT Sararé in Mato Grosso, das seit 2024 zu den am stärksten von illegaler Erschürfung betroffenen Gebieten zählt, steht sinnbildlich für die Unfähigkeit des Staates, Invasoren von Indigenen Landgebieten fernzuhalten. Die Situation des Landes der Nambikwara verdeutlicht die gravierenden und systemischen Auswirkungen der illegalen Erschürfung, der Wälder und Flüsse in aufgewühlte Schlammwüsten verwandelt, Gemeinschaften zerstört, das Risiko von Krankheiten und Drogen erhöht und die Unsicherheit in den betroffenen Territorien selbst trägt.

1996 zeigte der Bericht „Gewalt gegen die Indigenen Völker in Brasilien“ auf seinem Titelbild einen riesigen Krater, den illegale Erschürfer im Land der Nambikwara gegraben hatten. Drei Jahrzehnte später kehrt das IT Sararé mit einer erneuten Verschärfung des illegalen Erschürfens auf das Titelblatt der Publikation zurück und dokumentiert damit die anhaltende Bedeutung der illegalen Ausbeutung.

Die im Jahr 2025 verzeichneten Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen lassen sich nicht trennen von den Angriffen auf die territorialen Rechte Indigener Völker, die sich das ganze Jahr über ereignet haben, und auch nicht von der Pattsituation der Judikative rund um das Gesetz 14.701.

Im Mai verabschiedete der Senat den Entwurf des Gesetzesdekrets (PDL) 717/2024. Dieser dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf setzt die Anerkennungsbeschlüsse für zwei Indigene Territorien außer Kraft und, was noch schwerwiegender ist, einen Teil des Dekrets Nr. 1775/1996, welches das Verwaltungsverfahren zur Demarkierung Indigener Landgebiete regelt.

Beim Obersten Bundesgerichtshof (STF) blieben Anträge auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes 14.701 bis Dezember ohne Entscheid. In der ersten Jahreshälfte fanden Sitzungen der Schlichtungskammer zu diesem Thema statt, aus denen sich die Indigenen Völker im Vorjahr zurückgezogen hatten, da sie die Kammer für unrechtmäßig halten. Neben der Stichtag-These enthält das Gesetz Bestimmungen, die die Ausbeutung Indigener Landgebiete durch Dritte ermöglichen und die Demarkierung erschweren.

Im Dezember, als das Verfahren schließlich wieder aufgenommen wurde, unternahm der Senat einen weiteren Angriff auf die Rechte der Indigenen Völker. Das

Plenum billigte in zwei Lesungen den Vorschlag zur Verfassungsänderung 48/2023, der die Verfassung dahingehend ändern soll, dass die sogenannte „Stichtag-These“ als Kriterium für die Demarkierung von Landgebieten aufgenommen wird. Die These, die darauf abzielt, das Recht Indigener Völker auf ihr Land zu beschränken, war bereits 2023 vom Obersten Gerichtshof im Urteil zur Frage 1031, das allgemeine Tragweite hatte, für verfassungswidrig erklärt worden.

Inmitten dieser Pattsituation sah der Oberste Bundesgerichtshof davon ab, die Angelegenheit zu klären und seine eigene Entscheidung von allgemeiner Tragweite zu bekräftigen. Seine Anträge auf Klarstellung blieben das ganze Jahr 2025 über unbearbeitet. Im Dezember gab der Berichterstatter für die Maßnahmen zum Gesetz 14.701, Minister Gilmar Mendes, seine Stimme ab. Der Minister behielt viele der schwerwiegendsten Bestimmungen des Gesetzes bei und schlug weitere ebenso problematische vor, die den Indigenen Völkern den effektiven Besitz ihrer traditionell bewohnten Landgebiete erschweren.

Zu diesem Kontext kommt hinzu der spürbare wirtschaftliche Druck auf alle drei Staatsgewalten zugunsten der Regulierung des Bergbaus in Indigenem Landgebieten, des Baus großer Infrastrukturprojekte für den Transport von Getreide und Mineralien sowie der Exploration von Gas und Öl in Gebieten mit direkten Auswirkungen auf Indigene Völker.

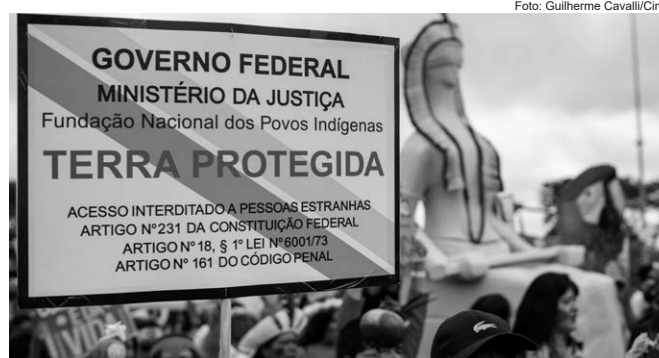


Foto: Guilherme Cavalli/Cimi

Bildunterschrift: Acampamento Terra Livre (Camp Freies Land) 2025

Gewalt gegen das Eigentum

Die „Gewalttaten gegen das Eigentum“ der Indigenen Völker sind in drei Kategorien systematisiert und im ersten Kapitel des Berichts zusammengefasst. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 1.276 Fälle registriert: 897 im Zusammenhang mit Versäumnissen und Verzögerungen bei der Regulierung der Landgebiete, 169 im Zusammenhang mit Konflikten um territoriale Rechte und 210 im Zusammenhang mit Invasionen in Landbesitz, illegaler Ausbeutung von Naturressourcen und verschiedenen Schäden an indigenem Eigentum.

Unter den 1.443 Indigenen Landgebieten, die in Brasilien bestehen oder gefordert werden, fehlt bei 897 irgendeine Verwaltungsmaßnahme zur ihrer Regulierung. Bei 582 von ihnen wurde noch kein Demarkierungsprozess eingeleitet.

Im Jahr 2025 veröffentlichte die Präsidenschaft der FUNAI (Nationale Stiftung der Indigenen Völker, Fundação Nacional dos Povos Indígenas) detaillierte Identifizierungs- und Demarkierungsberichte (RCIDs) für neun Indigene Territorien; das Justizministerium erließ zehn Deklarationsverordnungen; sieben Landgebiete wurden offiziell anerkannt und fünf als Bundeseigentum registriert, womit der Prozess der Landregulierung abgeschlossen war. Darüber hinaus wurden mindestens 16 Technische Arbeitsgruppen (TGs) zur Demarkierung Indigener Territorien eingerichtet und zehn Indigene Reservate von der FUNAI ausgewiesen.

Diese Fortschritte sind wichtig, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, um die territorialen Forderungen der Indigenen Völker zu erfüllen, sodass die dritte Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva den niedrigsten Durchschnitt an Demarkierungen Indigener Territorien in allen seinen Regierungen aufweist.

In vielen Landgebieten, in denen die Demarkierung aufgrund der Schwere der Konflikte und der Vulnerabilität der Indigenen Gemeinschaften besonders dringlich ist, begründete die Regierung den Stillstand des Demarkierungsprozesses mit der rechtlichen Pattsituation in Bezug auf die Demarkierungen.

In diesem Szenarium stieg die Zahl der Konflikte um territoriale Rechte im Vergleich zum Vorjahr. Die 169 Fälle ereigneten sich in 23 Bundesstaaten und betrafen 143 Indigene

Territorien. Zwei Drittel der betroffenen Landgebiete sind Regionen, deren Regularisierung noch aussteht oder in denen keine staatlichen Maßnahmen zur Demarkierung ergriffen wurden.

Diese Häufung spiegelt die Langsamkeit bei der Regularisierung und effektiven Umsetzung des Indigenen Besitzrechts wider, auch in Landgebieten, die bereits als traditionell von diesen Völkern bewohnt anerkannt sind. Gleichzeitig werden große Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekte vorangetrieben, ohne die Anwesenheit von Indigenen angemessen zu berücksichtigen.

Die 210 registrierten Fälle von Eigentumsinvasion, illegaler Ausbeutung von Naturressourcen und verschiedenen Sachbeschädigung betrafen mindestens 151 Indigene Territorien in 20 Bundesstaaten. In dieser Kategorie handelt es sich bei der Mehrheit der betroffenen ITs (88, also 58,3%) um bereits regulierte Landgebiete.

Dies gilt auch für das TI Sararé, das exemplarisch ist für ein wiederkehrendes Problem: In vielen der Landgebiete, in denen es kürzlich zu Invasionen und Sachbeschädigungen kam, geschahen groß angelegte Räumungsaktionen. Sobald diese abgeschlossen waren, kehrten die Invasoren zurück und brachten Angst und Zerstörung über die Völker und ihre Territorien.

Dies war der Fall des Volkes der Parakanã im IT Apyterewa im Bundesstaat Pará, das mehrere bewaffnete Angriffe von Invasoren erlitt, sowie des IT Karipuna in Rondônia, wo sich viele Landräuber Monate nach dem offiziellen Ende der Räumungsmaßnahmen erneut ansiedelten. Obwohl die Räumungs- und Kontrollmaßnahmen einen wichtigen Unterschied zur vorherigen Regierung darstellen, verdeutlichen diese Fälle das Fehlen von dauerhaften Strukturen zu Überwachung und Schutz der Indigenen Landgebiete.

Neben illegalem Bergbau und Erzschrüfen wurden zahlreiche Übergriffe von Holzfällern, Landräubern, Jägern und Fischern verzeichnet, die oft begünstigt oder ermöglicht wurden durch Bauarbeiten in der Nähe Indigener Territorien, wie z.B. dem Bau von Überlandstraßen. In mindestens 46 Territorien wurden Schäden an Wasserläufen festgestellt, im Zusammenhang mit der Entwässerung von Flüssen für die Bewässerung von Monokulturen, mit illegalem Bergbau und mit Kontamination durch Pestizide.

Die ITs Guyaroka im Bundesstaat Mato Grosso do Sul und Lago do Soares im Bundesstaat Amazonas kommen in allen drei Kategorien dieses Kapitels vor und zeigen, wie sich verschiedene Verstöße gegenseitig verstärken und miteinander verflechten.

Da es keine Fortschritte im Demarkierungsprozess des Indigenen Territoriums Guyaroka durch den Obersten Bundesgerichtshof gibt, ist sein größter Teil weiterhin von Farmern besetzt. Es kommt immer wieder zu Vergiftungen durch das Versprühen von Pestiziden in der Nähe von Siedlungen der Guarani und Kaiowá. Um eine ähnliche Situation zu vermeiden, beschlossen die Guarani und Kaiowá im September, eine der Farmen zurückzuerobern, die sich mit ihrem Land überschneiden hatte. Die folgenden Monate waren von gewalttätigen Angriffen durch bewaffnete Schlägertrupps und die Polizei geprägt, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden.

Im Bundesstaat Amazonas rechtfertigte die lokale Regierung die fehlende offizielle Demarkierung des Indigenen Territoriums Lago do Soares, dessen Demarkierung die Mura seit Jahrzehnten fordern, und erteilte einem multinationalen Konzern Lizenzen für ein Großprojekt zur Kaliumgewinnung innerhalb dieses IT. 2025 begann der Konzern mit dem Bau und rodet dabei Gebiete im Mura-Territorium, das nun von der Versalzung des Wassers bedroht ist. Illegale Erzschrüfungen und große Bergbauprojekte stellen aus Sicht der Indigenen Territorien ähnliche Bedrohungen dar.

Foto: Lidia Farias/Cimi Regional Mato Grosso do Sul



Bildunterschrift: Die Gemeinschaft der Tekoha Guyaroka hat ein Stück Land einer Farm zurückerobert, das sich mit dem Indigenen Territorium überschneidet, um den Einsatz von Pestiziden in der Nähe der Indigenen Siedlungen zu verhindern. Sie war Ziel heftiger und anhaltender Angriffe von bewaffneten Schlägertrupps und der Polizei

Gewalt gegen Personen

Die Fälle von „Gewalt gegen Personen“ werden im zweiten Kapitel des Berichts systematisiert. Im Jahr 2025 wurden 258 Morde an Indigenen registriert, eine deutlich höhere Zahl als die 211 Fälle im Vorjahr. Die Staaten mit den meisten Fällen waren wiederum Roraima (82), Amazonas (47) und Mato Grosso do Sul (37).

Die Daten zu den Morden wurden aus Informationen des Informationssystems zu Sterblichkeit (*Sistema de Informação sobre Mortalidade, SIM*), der staatlichen Gesundheitsämter und des Sondersekretariats für Indigenengesundheit (*Secretaria Especial de Atenção à Saúde Indígena, SESAI*) zusammengestellt, die auf Basis des Gesetzes über den Zugang zu Informationen (*Lei de Acesso à Informação, LAI*) und durch Konsultation öffentlicher Datenbanken eingeholt wurden.

CIMI verzeichnete in diesem Kapitel außerdem 19 Fälle von Machtmissbrauch, 18 Morddrohungen, 27 verschiedene Drohungen, 33 Fälle von Körperverletzung, 38 Mordversuche, 46 Fälle von Rassismus und ethnisch-kultureller Diskriminierung und 25 Fälle von sexueller Gewalt sowie 10 Indigene, die Opfer von Totschlag wurden, also insgesamt 474 Fälle.

Der Fall eines indigenen Teenagers, der während seiner Arbeit für einen Viehzüchter auf der Ilha do Bananal (Bundesstaat Tocantins) mit einem Eisen gebrandmarkt wurde, das zur Markierung von Vieh verwendet wird – der zweite derartige Vorfall in weniger als einem Jahr – ist ein grausames Symbol für die Beständigkeit und Verfestigung von Rassismus und ethnisch-rassistischer Diskriminierung gegen Indigene Völker in Brasilien.

Foto: Roberto Liebgott/Cimi Regional Sul



Bildunterschrift: Die Land-Rückgewinnung Takuaty Mirí durch das Volk der Guarani Mbaya in Porto Alegre (Bundesstaat Rio Grande do Sul) verdeutlicht die Situation vieler Indigener Gemeinschaften in der brasilianischen Region „Süden“. Ohne die Durchsetzung ihrer territorialen Rechte leben Familien der Guarani Mbaya und Kaingang in Hütten aus Plastikplanen, unter prekären Bedingungen und mit unzureichendem Zugang zu staatlichen Maßnahmen und Leistungen

Gewalt durch Untätigkeit staatlicher Stellen

Das dritte Kapitel des Berichts fasst sieben Kategorien zusammen, welche die „Gewalt durch Untätigkeit staatlicher Stellen“ systematisieren.

Die vom CIMI aus Daten des SIM, der staatlichen Gesundheitsbehörden und des SESAI zusammengetragenen Informationen ergaben 215 Selbstmorde von Indigenen im Jahr 2025, mehr als die 208 Fälle des Vorjahres. Die Bundesstaaten Amazonas (77), Mato Grosso do Sul (42) und Roraima (37) wiesen die höchsten Fallzahlen auf. Selbstmorde konzentrierten sich weiterhin auf junge Menschen, wobei die Inzidenz bei Indigenen im Alter von 20 bis 29 Jahren (41%) und unter 19 Jahren (34%) am höchsten war.

Daten aus denselben Quellen ergaben insgesamt 1.024 Todesfälle indigener Säuglinge und Kleinkinder bis zu 4 Jahren, ein deutlicher Anstieg gegenüber den 922 Fällen des Vorjahres. Die höchsten Zahlen wurden in den Bundesstaaten Amazonas (306), Roraima (158) und Mato Grosso (123) verzeichnet.

Von den insgesamt 1.024 Todesfällen waren die meisten – 586, also 57% – auf vermeidbare Ursachen zurückzuführen, insbesondere auf Grippe und Lungenentzündung (104), Darminfektionen (85) und Unterernährung (32).

Registriert wurden außerdem 58 Fälle von allgemeinem Mangel an Hilfeleistungen, 111 Fälle von mangelnder Unterstützung im Bildungsbereich, 121 Fälle von mangelnder Unterstützung im Gesundheitsbereich und 14 Fälle von Verbreitung von Alkohol und anderen Drogen unter Indigenen, insgesamt 366 registrierte Fälle.

Neben dem Mangel an Infrastruktur, Fachkräften und Medikamenten in den Territorien wurde im Bereich der mangelnden Gesundheitsversorgung zeigte sich eine große Anzahl von Fällen fehlenden oder unzureichenden Zugangs zu Trinkwasser und grundlegender Sanitärversorgung, was schwerwiegende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand verschiedener Indigener Bevölkerungsgruppen hat.

In vielen Fällen verschärft sich die Situation durch die Verschmutzung der von Indigenen genutzten Wasserläufe durch Pestizide oder Quecksilber aus den Erzschrüfungen. Im Bundesstaat Rio Grande do Sul, wo die höchste Fallzahl in dieser Kategorie verzeichnet wurde, trifft die mangelnde Unterstützung insbesondere jene Indigene, die um Land kämpfen, und die in Lagern am Straßenrand und in extremer Vulnerabilität leben.

Anfang des Jahres rückte die indigene Bildung in den Fokus, durch die große Mobilisierung der Indigenen Völker im Bundesstaat Pará gegen den Abbau des Indigenen Schulsystems in diesem Staat. Brasilienweit verdeutlichen die im vorliegenden Report zusammengefassten Berichte den Mangel an Investitionen, Schulen,

Schulspeisungen, Lehrmaterialien und selbst an der minimalsten Instandhaltung von bestehender Infrastruktur.

Es gibt zahlreiche Berichte über mangelnden Zugang zu spezifischer und differenzierter Schulbildung sowie zum Indigenen Gesundheitssystem, insbesondere für Indigene in städtischen Gebieten oder jene im Prozess der ethnischen Identitätsfindung. Neben dem erschwerten Zugang zu staatlichen Leistungen stoßen manche Völker sogar auf Hindernisse bei der zivilrechtlichen Registrierung ihrer indigenen Namen.

Foto: Nilmar Lage/Greenpeace Brasil



Bildunterschrift: Die Asphaltierung der Überlandstraße BR-319, die Manaus (AM) mit Porto Velho (Bundesstaat Roraima) verbindet, beeinträchtigt Indigene Territorien und bedroht Isolierte Völker, die im Staat Amazonas zwischen den Becken der Flüsse Madeira und Purus leben, und deren Präsenz von der FUNAI nicht anerkannt wird

Isolierte Völker

Das vierte Kapitel analysiert die Situation Indigener Völker in freiwilliger Isolation, insbesondere jener Gruppen, die wegen der fehlenden offiziellen staatlichen Anerkennung ohne jeglichen Schutz und unmittelbar von Völkermord bedroht sind. Das CIMI-Team zur Unterstützung der Freien Völker (*Equipe de Apoio aos Povos Livres*, EAPIL) verzeichnet 119 Fälle von Isolierten Völkern in Brasilien, von denen nur 55 von der FUNAI bestätigt wurden. Fälle von Invasionen und Sachbeschädigung wurden in 20 Indigenen Territorien dokumentiert, in denen 45 Isolierte Völker registriert sind. Vom Staat ignoriert, sind diejenigen, deren Registrierung noch nicht von der FUNAI bestätigt wurde, angesichts der Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten in den von ihnen bewohnten Waldgebieten einem noch größeren Risiko ausgesetzt.

Caci

Die Caci-Plattform, eine digitale Karte mit georeferenzierten Informationen zu Morden an Indigenen in Brasilien, wurde mit Daten aus dem Bericht „Gewalt gegen die Indigene Völker in Brasilien – Daten von 2025“ aktualisiert. Caci, ein Akronym für „Kartografie der Angriffe auf Indigene“ (*Cartografia de Ataques Contra Indígenas*) bedeutet in Guarani auch „Schmerz“.

Crédito: José Medeiros/arquivo Cimi



Bildunterschrift: Die illegale Erzschröpfung im IT Sararé war 1996 auf dem Titelbild des CIMI-Berichts über die Gewalt gegen die Indigenen Völker in Brasilien. Drei Jahrzehnte später wiederholt sich die Situation

Gedenken

Das fünfte Kapitel, das dem Thema Gedenken und Gerechtigkeit widmet, präsentiert den Bericht des Journalisten und Schriftstellers Rubens Valente über seine Berichterstattung zur illegalen Erzschröpfung im Indigenen Territorium Sararé vor drei Jahrzehnten. 1996 berichtete Valente über eine großangelegte Räumungsaktion in diesem IT und begab sich sogar in Begleitung des Fotografen José Medeiros selbst an die illegale Abbaustelle. In seinem Text erinnert sich der Reporter an diese Berichterstattung und zieht Parallelen zwischen den beiden geschichtlichen Momenten, die von der illegalen Ausbeutung des Landes der Nambikwara geprägt sind.

Crédito: Guilherme Cavalli/Cimi



Bildunterschrift: Acampamento Terra Livre (Camp Freies Land) 2025

Artikel und Analysen

Die Formen und das Anhalten von Rassismus gegenüber den Indigenen Völkern sowie die Herausforderungen bei der Gewährleistung der Achtung der spezifischen Rechte und der Identität von inhaftierten Indigenen sind zwei der Themen, die in den Artikeln behandelt werden, welche die Kapitel zur Systematisierung der Daten ergänzen.

Auch der Kampf der Indigenen Völker im Bundesstaat Piauí um ethnische und territoriale Anerkennung im Kontext der Ausweitung der Agrarfront wird hervorgehoben, ebenso wie die Analyse der Indigenistenpolitik in Brasilien.

Der Report Gewalt gegen die Indigenen Völker in Brasilien ist eine jährliche Veröffentlichung des Indigenisten-Missionärs (Conselho Indigenista Missionário, CIMI), einem Organ, das der Brasilianischen Bischofskonferenz (Conferência Nacional dos Bispos do Brasil, CNBB) angeschlossen ist. CIMI wurde 1972 gegründet und engagiert sich seit mehr als 50 Jahren für die Indigene Sache.

Die vollständige Veröffentlichung mit Daten zu 2025 in portugiesischer Sprache ist auf der CIMI-Website verfügbar:

cimi.org.br



TITELBILD: Gestaltung von Clara Comandolli

TITELBILDFOTO: Illegale Erzschröpfung im IT Sararé des Volkes der Nambikwara im Bundesstaat Mato Grosso. Die Aufnahme entstand während eines Überflugs von Greenpeace Brasilien im März 2026. Laut PRODES/INPE war das IT 2024 das am stärksten entwaldete Gebiet im Amazonas-Einzugsgebietes und verzeichnete zwischen 2021 und 2025 eine Abholzung von 4.900 Hektar. PRODES (Programa de Monitoramento do Desmatamento por Satélite, Satelliten-Programm zur Überwachung der Abholzung) ist das offizielle System von INPE (Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais, Nationales Institut für Weltraumforschung).

FOTO: Bruno Kelly/Greenpeace Brasil | LAYOUT: Licurgo S. Botelho

Aus dem brasilianischen Portugiesisch ins Deutsche übersetzt von Monika Ottermann

UNTERSTÜTZUNG



Cofinanciado pela União Europeia

